

## 5. Gesprächsrunde mit den Sprechern für Bildung der im Brandenburgischen Landtag vertretenden Parteien

Am 02.11.2016 fand eine weitere Gesprächsrunde des Vorstandes des Verbandes Sonderpädagogik e.V. Landesverband Brandenburg mit den Sprechern für Bildung der im Brandenburgischen Landtag vertretenden Parteien statt.



Der vds Landesverband lud, in Zusammenarbeit mit Frau Koss (SPD Fraktion) und Frau Dannenberg (Fraktion: DIE LINKEN), in den Räumlichkeiten des Landtages. Neben den bereits genannten Parteien konnten wir Frau Gerrit Große (Fraktion DIE LINKEN und Vorsitzende Ausschuss Bildung, Jugend und Sport im Brandenburgischen Landtag), Frau Marie Luise von Halem mit ihrem Referenten Martin Bär (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), in Vertretung für Gorden Hoffmann (CDU-Fraktion) Dr. Jacob Krumrey und Steffen Königer (AfD-Fraktion) begrüßen.

Im Mittelpunkt der gemeinsamen Zusammenkunft stand der Konzeptentwurf der Landesregierung zum "Gemeinsamen Lernen in der Schule" und die daraus resultierende Stellungnahme unseres Landesverbandes, welche vorab allen Fraktionsparteien und dem MBSJ gestellt wurde.



Nach einigen begrüßenden und einführenden Worten der Landesvorsitzende formulierte Frau Dr. Salzberg-Ludwig aus Sicht des Verbandes Fragen bzw. Problemfelder, welche eine Konkretisierung bzw. Veränderung in dem Konzept bedürfen:

- Strukturelle und inhaltliche Veränderungen von Schule und Unterricht
- Lernprozessbegleitende individuelle Diagnostik
- Ressourcenzuteilung
- Qualifikation der Lehrkräfte (aller Schulformen).

Ausführliche Informationen entnehmen sie bitte der Stellungnahme (Anhang, [www.vds-in-brandenburg.de](http://www.vds-in-brandenburg.de)).



Bevor es in die inhaltliche Diskussion ging, bedankten sich insbesondere Frau von Halem und Frau Große für die ausführliche fachliche Stellungnahme bzw. Expertise. Frau v. Halem betonte, dass sie die derzeitige Zusammenarbeit zwischen vds und brandenburgischen Politikern als gewinnbringend ansieht. Auch sie betont die dringende Nachbesserung des Konzeptes der Landesregierung und befürwortet bzw. unterstützt den weiteren Weg der Zusammenarbeit, die Bildung einer Arbeitsgruppe aus Vertretern des MBS, des Verbandes Sonderpädagogik und der Universität Potsdam.

Frau Große bedankt sich für die jahrelange und gute Zusammenarbeit zwischen Politik und vds. Sie geht kurz auf die vorliegende Stellungnahme des Verbandes ein und versichert, dass die Zeit für Veränderungen bzw. Nachbesserungen nicht zu kurz sei. Sie erläuterte den Verfahrensweg von der Auftragserteilung bis zum Entwurfspapier. Selbstverständlich wird die fachliche Expertise des Verbandes Sonderpädagogik e.V. dabei berücksichtigt. Gleichzeitig wünscht sie sich eine Unterstützung unseres Landesverbandes bei der frühkindlichen Bildung und Erziehung. Dieser Bitte wurde von Seiten des vds entsprochen, aber auf einen späteren gemeinsamen Gesprächstermin verschoben.



Im weiteren Verlauf wurden die unterschiedlichen Positionen der brandenburgischen Parteien deutlich gemacht. So fordern die oppositionellen Parteien Nachbesserungen und in gemeinsamer Runde wurden Fragen zum Schulabschluss an Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt Lernen, Fragen zur Aus- Fort- und Weiterbildung, sowie dem Gemeinsamen Lernen an weiterführenden Schulen gestellt und durch die anwesenden Mitglieder des erweiterten Vorstandes des vds beantwortet. Großes Augenmerk lag hierbei in der derzeitigen praktischen Umsetzung in Schule bzw. der strukturellen und inhaltlichen Veränderung von Schule und Unterricht.

Die derzeitigen Regierungsparteien sehen den vorliegenden Entwurf als Arbeitspapier und sind sich einig, dass er präzisiert werden muss. So wurden die Rolle / Aufgabenbeschreibung der Sonderpädagogen und der koordinierende Lehrkraft, welche letztere im Entwurf eine große Rolle spielt und die Verbindlichkeit des Konzeptes für alle Schulleiter und Lehrkräfte angesprochen. Den Eingang der vorliegende Stellungnahme durch den vds im MBSJ wurde bestätigt, da er auf der Agenda einer gemeinsamen Zusammenkunft zwischen der SPD, DIE LINKEN und dem MBSJ stand.

**Zusammenfassend waren sich alle Beteiligten einig, dass der vorhandene Weg weitergegangen werden muss und die durch den Landesverband vorgeschlagene Bildung einer Arbeitsgruppe umgesetzt werden sollte. Die Zuständigkeit liegt hierbei im Landesverband Sonderpädagogik e.V. . Gemeinsam einigte man sich auf einen neuen Gesprächstermin am 24.01.2017 um 16:30 Uhr in den Räumlichkeiten des Brandenburgischen Landtages. Im Mittelpunkt soll u.a. der Arbeitsstand zum Landeskonzept stehen.**

Gregor Albrecht